

1.1 Zur Entwicklung der experimentellen Psychologie an der Universität Wien bis 1922

Die (Vor-)Geschichte der Gründung des Wiener Psychologischen Instituts ist von mir bereits in einer eigenen Monographie dargestellt worden (Benetka, 1990a). Zur Einführung in das Thema der vorliegenden Arbeit seien einige der Hauptresultate dieser früheren Untersuchung kurz zusammengefaßt.

Philosophie

Wie im übrigen deutschen Sprachraum, so ging auch an der Universität Wien die akademische Etablierung einer an den Naturwissenschaften orientierten, „experimentellen“ Psychologie innerhalb des institutionellen Kontexts der Philosophie vorstatten. Die Philosophie selbst konnte sich im Habsburgerreich durch ihre Einbeziehung in die Ausbildung von Mittelschullehrern einen festen Platz innerhalb des im Zuge der Revolution von 1848 umgestalteten Universitätssystems erobern.¹

An der Universität Wien stand der philosophische Unterricht in den fünfziger und sechziger Jahren des vorangegangenen Jahrhunderts ganz im Zeichen der Lehren Johann Friedrich Herbart's. Diese von den Ordinariern Franz Karl Lott und Robert Zimmermann begründete Dominanz des Herbartianismus² behinderte zunächst das Eindringen der „empirischen Denkweise“ in die Hochschulphilosophie erheblich. Erst nach dem Abgang Lotts trat mit der Berufung von Franz Brentano im Jahr 1874 eine Wende ein: Das Programm einer auf die Erfahrung gegründeten Psychologie, die vor allem einen Beitrag zur Lösung von Fragen der Erkenntnistheorie leisten sollte, gewann von nun an auch in Wien zunehmend an Bedeutung.

Nicht zufällig war es ein Schüler Franz Brentanos gewesen, der – dem Beispiel Wilhelm Wundts folgend – auch an der Universität Wien ein experimentalpsychologisches Laboratorium zu begründen versuchte: Franz Hillebrand, der wie Wundt sowohl mit der Philosophie als auch mit den Arbeitsmethoden der modernen Physiologie gut vertraut war, fehlte es aber im Unterrichtsministerium und innerhalb des Professorenkollegiums der Philosophischen Fakultät an echter Unterstützung. Erst nach über fast ein ganzes Jahr sich hinziehenden Verhandlungen wurden ihm für sein Laboratorium vorübergehend Räumlichkeiten im Universitätshauptgebäude zur Verfügung gestellt. Immerhin fand sich im Vorlesungsverzeichnis für das Sommersemester 1896 erstmals an der Universität Wien ein „Institut für experimentelle Psychologie“ verzeichnet. Hillebrand, der ein Extraordinariat für „Philosophie mit besonderer Berücksichtigung der experimentellen Psychologie“ innehatte, bereitete damals aber schon seine Übersiedelung an die Universität Innsbruck vor. Dort konnte er dann tatsächlich ein Psychologisches Institut begründen.³

Die 1895/96 erfolgte Neuordnung der philosophischen Lehrkanzeln⁴ brachte zwar keinen ausgesprochenen Experimentalpsychologen, aber mit Friedrich Jodl und vor allem mit Ernst Mach zwei Gelehrte nach Wien, die beide mit großer Entschiedenheit eine auf die Erfahrung gestützte, anti-metaphysische Philosophie vertraten. Aktiv gefördert wurde die experimentell-psychologische Arbeitsrichtung von Adolf Stöhr, der sich 1895 an der Universität Wien für Philosophie habilitiert hatte. 1900 wurde Stöhr zum außerordentlichen Professor ernannt, und zwar mit dem speziellen Lehrauftrag, über drei bis vier Stunden wöchentlich Vorträge und Übungen aus dem Gebiete der experimentellen Psychologie abzuhalten. In Ermangelung eines Universitätsinstituts suchte Stöhr seiner Lehrverpflichtung in einer außeruniversitären Einrichtung nachzukommen: Er hielt einige Semester lang Demonstrationskurse in dem von ihm im Rahmen der Volksbildung im „Verein Volksheim“ 1902 gegründeten „Experimentalpsychologischen Kabinett“ ab.⁵ 1910 wurde Stöhr als Nachfolger Ernst Machs und Ludwig Boltzmanns auf eines der drei an der Universität Wien bestehenden Philosophie-Ordinariate berufen.

Gemeinsam mit Friedrich Jodl bemühte sich Stöhr in den Folgejahren vergeblich um die Einrichtung eines experimentalpsychologischen Laboratoriums. Hinter den zumeist mit dem Verweis auf die Finanznöte des Staates begründeten Absagen des Unterrichtsministeriums stand damals wohl auch ein – für die „Wissenschaftspolitik“ jener Jahre charakteristisches – Zögern, den in Deutschland bereits vollzogenen Übergang von der „Lehrkanzel- zur Forschungsuniversität“ hierzulande von staatlicher Seite aus konsequent zu Ende zu führen.⁶

Die Akzeptanz einer naturwissenschaftlich-experimentell ausgerichteten Psychologie war an der Universität Wien während des ersten Dezenniums des 20. Jahrhunderts aber deutlich gestiegen: Für die Nachfolge des 1914 verstorbenen Friedrich Jodl brachte die Philosophische Fakultät mit Oswald Külpe und Alexius Meinong zwei Philosophen in Vorschlag, die unter anderem auch das Teilgebiet der experimentellen Psychologie hätten vertreten können. Beide lehnten eine Übersiedelung nach Wien aber ab.⁷

Pädagogik

Entscheidende Impulse für die Durchsetzung einer experimentalpsychologischen Forschungskonzeption gingen an der Universität Wien auch von der Pädagogik aus, die sich hier unter der Patronanz des Herbartianismus bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts institutionell von der Philosophie verselbständigt hatte. Gegen die Vorherrschaft der Psychologie der Herbartianer verhalf Alois Höfler, der in den achtziger Jahren als Schüler Alexius Meinongs an der Begründung des Grazer experimentalpsychologischen Laboratoriums beteiligt gewesen war, im Bereich des Philosophischen Einführungsunterrichts an den Gymnasien einer rein erfahrungswissenschaftlich begründeten Psychologie zum Durchbruch.⁸

1899 organisierte Höfler als erster an der Universität Wien eine Lehrveranstaltung über experimentelle Psychologie mit Demonstrationsübungen. In diesem Zusammenhang ist zudem der Philosoph, Pädagoge und Soziologe Wilhelm Jerusalem zu nennen, der 1888 ein viel verwendetes „Lehrbuch der empirischen Psychologie für Gymnasien und höhere Lehranstalten“ (Jerusalem, 1888) herausgab und über mehrere Jahre hinweg zu der sich in Deutschland formierenden „scientific community“ der Experimentalpsychologen enge Kontakte unterhielt.

Schulreform

In den ersten Monaten nach dem Zerfall der Donaumonarchie erwies sich die österreichische Sozialdemokratie als die führende politische Kraft im Lande. Um den Preis des Verzichts auf die soziale Revolution gelang es ihr, dem ökonomisch und politisch geschwächten Bürgertum eine im ganzen fortschrittliche Sozialgesetzgebung abzurufen, die nun auch durch eine demokratische Neuordnung des Bildungssystems ergänzt werden sollte.

Im Frühjahr 1919 wurde dem schon seit Jahren innerhalb der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei als Referent für Schulfragen tätigen Otto Glöckel die Leitung der österreichischen Unterrichtsverwaltung übertragen. Ein ihm direkt unterstellter Stab von Fachleuten nahm unmittelbar nach seinem Amtsantritt die Konkretisierung der Pläne zu einer gesamtösterreichischen Schulreform in Angriff.

Eines der Hauptanliegen der Reformer war es, die Gestaltung des Schulunterrichts ganz dem körperlichen wie psychischen Entwicklungsstand der Kinder anzupassen. Von daher begegnete man einer an den Naturwissenschaften orientierten Psychologie mit großem Interesse: Anstatt abstrakter Spekulation versprach sie, konkrete „Tatsachenforschung“ zu betreiben, die „wirkliche Einblicke“ in das „Seelenleben“ des Schulkindes erhoffen ließ.

Mit der österreichischen Schulreformbewegung war also eine „gesellschaftliche Nachfrage“ nach praktisch verwertbarem psychologischen Wissen entstanden, die sich auf die institutionelle Entwicklung der experimentellen Psychologie in Österreich schließlich positiv auswirken sollte: Im Juni 1919 forderte Otto Glöckel in seiner Eigenschaft als Unterstaatssekretär für Unterricht die Philosophische Fakultät der Universität Wien dazu auf, die Wiederbesetzung der seit fünf Jahren erledigten Lehrkanzel nach Jodl nun im Zusammenhang mit der Frage nach einer selbständigen Vertretung der Experimentalpsychologie abzuhandeln. Erstmals wurde dabei von einer staatlichen Stelle aus die Gründung eines psychologischen Universitätsinstituts angeregt.

Knapp ein Jahr später zerbrach die von Sozialdemokraten und Christlichsozialen gebildete Regierungskoalition. Nach der Wahlniederlage vom Herbst 1920 ging die Sozialdemokratie auf bundespolitischer Ebene in die Opposition. Im neuen Bundesland Wien hingegen zog sie – gestützt auf eine große Mehrheit im

Gemeinderat – die politische Alleinverantwortung an sich. In den Folgejahren begann sie im Rahmen der Stadtverwaltung jene Sozial- und Wohlfahrtspolitik herauszubilden, die sie dann etwa ab der Mitte der zwanziger Jahre als ein in Zukunft auch bundesweit zu realisierendes Modell der demokratischen Durchsetzung sozialistischer Gesellschaftsreformen zu propagieren versuchte. Otto Glöckel leitete als „Geschäftsführender Präsident“ des „Stadtschulrates für Wien“ die Schulpolitik im „Roten Wien“. Der Gegensatz zwischen dem sozialdemokratisch dominierten Wiener Stadtschulrat und dem christlichsozialen Unterrichtsministerium sollte sich schließlich für den Fortgang der Bildungspolitik im Österreich der Zwischenkriegszeit als bestimmend erweisen.

Die Lage der philosophischen Lehrkanzeln an der Universität Wien 1921

Mit dem Tod Adolf Stöhrs 1921 war an der Universität Wien kein Philosophie-Ordinariat mehr besetzt.⁹ In den Beratungen an der Philosophischen Fakultät gelangte man zu der Auffassung, für eine der drei zur Wiederbesetzung stehenden Lehrkanzeln einen Philosophen in Aussicht zu nehmen, der auch die experimentelle Psychologie zu vertreten imstande sein sollte. Verhandlungen mit dem von einer breiten Mehrheit der Professorenenschaft als Kompromißkandidaten akzeptierten Erich Becher blieben ergebnislos, da dessen Forderung nach der Errichtung eines psychologischen Instituts nicht erfüllt werden konnte. Nach der Absage von Erich Rudolf Jaensch schlug die Fakultät gegen den Widerstand einzelner konservativer Professoren Karl Bühler vor.

1.2 Die formale Organisation des Instituts

Karl Bühler kam mit seiner Frau Charlotte im April 1922 zu ersten mündlichen Berufungsverhandlungen nach Wien. Die Stadt Wien hatte in den Wochen zuvor dem Unterrichtsamt angeboten, dem künftigen Lehrstuhlinhaber ihr gemeindeeigenes pädagogisch-psychologisches Laboratorium, das in das geplante städtische „Pädagogische Institut“ integriert werden sollte, zur Nutzung für den Lehr- und Forschungsbetrieb an der Universität Wien zur Verfügung zu stellen. Um die Modalitäten der Übergabe des Laboratoriums abzuklären, war bei den Besprechungen mit dem Ehepaar Bühler im Unterrichtsamt auch der damalige Leiter der ministeriellen Schulreformabteilung und designierte Direktor des „Pädagogischen Instituts“, Viktor Fadrus, zugegen. Bühler erklärte sich dazu bereit, mit der Leitung des Laboratoriums auch die Verpflichtung zu einer nebenamtlichen Lehrertätigkeit an der städtischen Lehrerfortbildungsanstalt zu übernehmen. Dafür wollte die Stadtverwaltung die Kosten für die von Bühler geforderte ordentliche Assistentenstelle tragen. Vom Unterrichtsamt verlangte Bühler die einem ordentli-

chen Hochschulprofessor in Wien zustehenden Höchstbezüge sowie eine jährliche Personalzulage, die in etwa 10 Prozent seines Gesamteinkommens ausmachen sollte.¹⁰

Für seine Lehrkanzel erreichte Bühler die Systemisierung einer Stelle eines ordentlichen Assistenten und einer wissenschaftlichen Hilfskraft. Die baldige Umwandlung letzterer in eine außerordentliche Assistentenstelle wurde ihm in den Berufungsverhandlungen zugesagt. Die Bezüge des ordentlichen Assistenten sollten von der Gemeinde Wien an den Bund refundiert werden. Es könnte aber, so hieß es in einem handschriftlichen Aktenvermerk in den Berufungsunterlagen, „die Vereinbarung getroffen werden, daß die Gemeinde dem ordentlichen Assistenten die jeweils gebührenden Bezüge direkt zahlt“.¹¹ Tatsächlich wurde dies in den folgenden Jahren auch so gehandhabt – unbemerkt allerdings vom Unterrichtsamt, woraus sich einige verrechnungstechnische Verwirrungen ergaben.¹²

Als Jahresdotations bewilligte das Unterrichtsamt für die Bühlersche Lehrkanzel 40 000 Kronen und für die nächsten drei Jahre einen fixen Zuschuß von jeweils 20 000 Kronen. Zur Einrichtung einer Bibliothek erhielt er zudem einen einmaligen Betrag von 400 000 Kronen zugesprochen.

Im Juli reiste Karl Bühler erneut nach Wien, um mit Otto Glöckel, Viktor Fadrus und Vertretern des Wiener Gemeinderates persönlich einen schriftlichen Vertrag bezüglich der Übernahme des städtischen psychologischen Laboratoriums auszuhandeln. Im September – inzwischen war Bühler vom Bundespräsidenten zum ordentlichen Professor „für Philosophie mit besonderer Berücksichtigung der Psychologie und Pädagogik“ an der Universität Wien ernannt worden¹³ – erhielt er einen ersten Vertragsentwurf zugesandt, mit dessen Grundzügen er sich prinzipiell einverstanden erklärte. Der definitive „Dienstvertrag“ wurde dann in einer Sitzung des Gemeinderatsausschusses I vom 9. Oktober 1922 beschlossen.¹⁴ Die Stadt Wien verpflichtete sich – wie es unter Punkt 7 der Vereinbarungen hieß – ein psychologisches Institut zu errichten. Sie

stellt hierfür Räume, Mobiliar, Beheizung und Beleuchtung zur Verfügung, bestellt einen Assistenten mit Bezügen, welche denen einer Bundeslehrperson der Besoldungsgruppe 4 entsprechen, stellt einen Institutsdiener (gelernter Mechaniker) zur Verfügung und widmet für die Vervollkommnung des Instrumentariums 5 (fünf) Millionen Kronen sowie für die Bücherei 2 (zwei) Millionen Kronen.

Das neu gegründete „Psychologische Institut“ war bis zum Herbst 1934 im Gebäude des Stadtschulrates, Burgring 7–9¹⁵, untergebracht. Es bestand aus einem Instrumentenzimmer, einem „Vortragssaal, vier Übungsräumen und einem Leseraum“ (Fadrus, 1959, S. 4), der durch einen Holzverschlag von der eigentlichen Bibliothek abgetrennt war (Schenk-Danzinger, 1981, S. 226). Seine Bestimmung war also von Anfang an eine doppelte: Als Universitätsinstitut sollte es der wissenschaftlichen Forschung und Lehre, als Gemeindegemeinschaft der Fortbildung von VolksschullehrerInnen dienen. Rechtlich blieb das gesamte Institutsinventar bis nach 1945 im Besitz der Stadtverwaltung.

Diese komplizierte, im deutschen Sprachraum wohl einzigartige Institutskonstruktion kam auch in der Namensgebung zum Ausdruck: Ein und dasselbe Laboratorium trug zwei verschiedene Bezeichnungen: „psychologisches Institut der Gemeinde Wien“ und „psychologisches Institut der Universität Wien“. Als „psychologisches Institut der Gemeinde Wien“ war das Laboratorium organisatorisch in das im Jänner 1923 eröffnete „Pädagogische Institut der Stadt Wien“ eingebunden. An dieser Lehrerfortbildungsanstalt hielt Karl Bühler mit seinen MitarbeiterInnen Vorlesungen und Übungen ab, die vorwiegend für an den sozialdemokratischen Schulreformen Anteil nehmende Wiener Volks- und BürgerschullehrerInnen gedacht waren. Für die Schulreformer selbst bedeutete die Lehrtätigkeit des renommierten Psychologieprofessors offenbar einen großen Prestigege-
winn: Obwohl bereits im ersten Studienjahr so bedeutende Universitätslehrer wie der Philosoph, Pädagoge und Soziologe Wilhelm Jerusalem, der Heilpädagoge Erwin Lazar, der Sprachheilarzt Emil Fröschels, der Rechtssoziologe Hans Kelsen, der Historiker Ludo Moritz Hartmann, der Germanist Eduard Castle, der Komponist und Musikwissenschaftler Egon Wellesz und der Kunsthistoriker Josef Strzygowski dort Lehrveranstaltungen anboten¹⁶, hob Viktor Fadrus bei seinem Festvortrag anlässlich der Eröffnung des Pädagogischen Instituts am 13. Jänner 1923 gerade die Übernahme des pädagogisch-psychologischen Laboratoriums durch Karl Bühler gesondert hervor: Das Ehepaar Bühler, das sich vor allem kinder- und jugendpsychologische Forschungen zur Aufgabe gemacht habe, werde dazu beitragen, daß „im Pädagogischen Institute zu Wien eine führende Arbeitsstätte für wissenschaftliche und praktische Pädagogik“ entstehe. In der schriftlichen Fassung seines Vortrags führte Fadrus in einer eigenen Anmerkung sogar die wichtigsten einschlägigen Schriften Karl und Charlotte Bühlers an. (Fadrus, 1923, S. 60–61)

Karl Bühler begann seinen Lehrauftrag am Pädagogischen Institut im Studienjahr 1923 mit einer zweistündigen Vorlesung unter dem Titel „Die geistige Entwicklung des Kindes“ und mit einer zweistündigen Übung aus „Kinderpsychologie“. Mit seiner Tätigkeit in der Lehrerfortbildung war auch die Verpflichtung verbunden, am Ende jedes Jahres der Direktion des Instituts einen schriftlichen Arbeitsbericht abzustatten. Auszüge daraus wurden in einem vom geschäftsführenden Präsidenten des Stadtschulrates für Wien, Otto Glöckel, herausgegebenen Jahresbericht veröffentlicht, der die Lehrerschaft und alle an pädagogischen Fragen Interessierte über den Fortgang der Wiener Schulreformen informierte (Glöckel, 1925–1932). Denn die – zumindest formal – gelungene Einbindung der akademischen Psychologie in die Bemühungen um den Umbau der Schul- und Unterrichtsgestaltung hatte für die Wiener Sozialdemokraten auch eine große propagandistische Bedeutung: Sie sollte ihren schulreformerischen Unternehmungen wissenschaftliche Legitimität verschaffen. Die politische Kultur des Landes war aber schon zu Beginn der zwanziger Jahre eine andere: Gehässigen Kritikern der Schulreform – und nicht nur in den konservativen Parteien, sondern auch auf Hochschulboden gab es deren viele¹⁷ – war mit „wissenschaftlichen

Argumenten“ längst nicht mehr beizukommen. Im Gegenteil: Jene Wissenschaftler, auf die sich die Sozialdemokraten beriefen, mußten mit Argwohn und Anfeindungen rechnen. Ihre Tätigkeit „im Rahmen des Volksschulwesens“ und die „Annahme eines Instituts im Gebäude des Stadtschulrates“ seien – so erinnerte sich Charlotte Bühler später – ihr und ihrem Mann als Zeichen einer sozialistischen Gesinnung ausgelegt worden, wodurch sie sich die Feindschaft vieler ihrer Universitätskollegen zugezogen hätten (Ch. Bühler, 1972, S. 24).

In den Vorlesungsverzeichnissen der Universität Wien wurde das gemeindeeigene Laboratorium ganz formell als Universitätsinstitut geführt. Die finanziellen Leistungen, die der Bund dafür erbrachte, nahmen sich aber im Vergleich zu den von der Stadtverwaltung getätigten Aufwendungen eher bescheiden aus.¹⁸ Zieht man den in den Berufungsverhandlungen mit Bühler angenommenen Wechselkurs von 1 Mark = 33 Kronen heran, so ist davon auszugehen, daß die Jahresdotations des Wiener Psychologischen Instituts – den auf drei Jahre gewährten Zuschuß nicht eingerechnet – mit etwa 1150 Mark auch deutlich unter dem Etat von vergleichbaren psychologischen Universitätsinstituten im übrigen deutschen Sprachraum lag.¹⁹ Bezüglich des Personalstandes fällt der Vergleich mit deutschen Instituten noch ungünstiger aus: Dem Wiener Institut war rein formal kein Assistent, sondern bloß eine wissenschaftliche Hilfskraft zugeordnet.

Bühler hatte die ihm vom Unterrichtsamt genehmigte Stelle eines ordentlichen Assistenten mit seiner Frau Charlotte besetzt. Die Bestellung erfolgte allerdings durch die Gemeinde Wien und nicht – wie vorgesehen – durch das Unterrichtsministerium. Charlotte Bühler wurde dann auch von der Stadtverwaltung direkt und nach dem für Gemeindebedienstete geltenden Schema bezahlt. Dienstverhältnis mit dem Bund bestand keines. Im Bundesvoranschlag blieb jedoch der Posten für die Abgeltung der Bezüge eines ordentlichen Assistenten erhalten, und zwar sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite. Eingenommen wurde allerdings nie etwas: Da die Gemeinde Wien Charlotte Bühler aus ihrem Budget finanzierte, bestand kein Anlaß, ihre Bezüge dem Bund zu refundieren. Die Sache wurde durch den Umstand weiter kompliziert, daß, wenn schon nichts eingenommen, so doch etwas ausgegeben wurde: Die Abgeltung des der wissenschaftlichen Hilfskraft zustehenden Gehalts erfolgte nämlich – budgetär gesprochen – zu Lasten der ordentlichen Assistentenstelle. Dafür brachten die ministeriellen Rechenmeister die Bezüge des Hilfsassistenten in Einsparung.²⁰

Die ungewöhnliche Gründungsgeschichte des Wiener Psychologischen Instituts hatte den routinisierten Amtsbetrieb im Unterrichtsministerium offensichtlich gehörig durcheinandergebracht. Erst im Jahr 1927, als der bisherige Hilfsassistent Karl Böhlers, Hellmut Bocksch, um seine vorzeitige Dienstenthebung ansuchte, entdeckte ein ministerieller Sachbearbeiter das jahrelang bestehende Finanz-Tohuwabohu. Damit konnte endlich auch die Abklärung des rechtlichen Status der für die Böhlersche Lehrkanzel systemisierten Stellen in Angriff genommen werden. Charlotte Bühler wurde in ihrem Dienstverhältnis mit der Gemein-

de Wien belassen und – nach einer Verzögerung von weiteren zwei Jahren – die „bisher präliminiert gewesene ordentliche Assistentenstelle [...] in eine außerordentliche Assistentenstelle umgewandelt“,²¹

Fassen wir zusammen: Für das Wiener Psychologische Institut war von 1923 bis 1929 als Bundesplanstelle bloß der Posten einer wissenschaftlichen Hilfskraft eingerichtet. Ab 1. Mai 1929 stand Karl Bühler dann anstatt einer „wissenschaftlichen Hilfskraft“ ein „außerordentlicher Assistent“ zur Verfügung.

Die Position der „wissenschaftlichen Hilfskraft“ wurde vom Sommersemester 1923 an von Hellmut Bocksch, einem Schüler Karl Bühlers an der TH Dresden, eingenommen. Der am 5. Februar 1898 im sächsischen Plauen geborene Bocksch war noch als Student nach Wien gekommen. Erst 1925 erwarb er hier sein Doktorat.²² Nach seiner Promotion arbeitete Bocksch vor allem am Lehrbetrieb am Pädagogischen Institut der Stadt Wien mit, wo er selbständig die zu den Vorlesungen Karl Bühlers angesetzten Seminarübungen abhielt.²³ Nebenbei engagierte er sich im Wiener Volksbildungswesen: Er veranstaltete Semesterkurse über Philosophie²⁴ und Psychologie an den im Verein „Volksheim“ zusammengeschlossenen Volkshochschulen Ottakring, Leopoldstadt, Landstraße und Simmering. An der Volkshochschule Simmering leitete er – in Vertretung von Edgar Zinsel – kurzzeitig sogar die dortige Philosophische Fachgruppe.

Bocksch schien in Wien eigentlich eine akademische Karriere anstreben zu wollen. Er scheiterte darin – zuallererst wohl aufgrund seiner finanziellen Lage. Die Einkommen, die er aus seiner Universitätsstellung und aus seiner Tätigkeit an den Volkshochschulen bezog, dürften nicht ausgereicht haben, um die Wartezeit bis zu einer festeren akademischen Etablierung überbrücken zu können. Im April 1927 informierte er jedenfalls brieflich den Dekan der Wiener Philosophischen Fakultät, daß er „im Einverständnis mit Herrn Prof. Bühler“ eine ihm „angebotene Lehrstelle im höheren Schuldienst der Stadt Dresden angenommen“ habe.²⁵ Wenige Monate zuvor hatte Bühler seinen Schüler noch rasch zu habilitieren versucht – offenbar in der Absicht, ihn dadurch am Wiener Institut zu halten. Bockschs Gesuch wurde aber im Dezember 1926 vom Professorenkollegium der Philosophischen Fakultät mit der Begründung abgelehnt, daß er erst im Februar 1925 promoviert habe und seine als Habilitationsschrift eingereichte Arbeit nicht veröffentlicht worden sei. Da sein Antrag den seit Juni 1926 geltenden „Internen Fakultätsbeschlüssen zur Auslegung und Handhabung der Habilitationsnorm“ nicht entsprach,²⁶ das Professorenkollegium an diesen Bedingungen aber festhalten wollte, erklärte sich schließlich auch Karl Bühler mit der Zurückstellung des Gesuches einverstanden.²⁷

Nach dem Abgang Bockschs nach Dresden schlug Bühler der Philosophischen Fakultät Egon Brunswik als Nachfolger vor.²⁸ Dagegen erhob nun das Unterrichtsministerium Einwände: Brunswik hatte zunächst an der Technischen Hochschule Maschinenbau studiert und war nach Ablegung der ersten Staatsprüfung 1923 an die Philosophische Fakultät der Universität Wien übergewechselt. Im Sommer 1926 legte er hier die Lehramtsprüfung für Mathematik und Physik ab.

Zu dem Zeitpunkt, als Bühler ihn zur wissenschaftlichen Hilfskraft am Psychologischen Institut machen wollte, absolvierte Brunswik gerade sein Probejahr als Hilfslehrer am Bundesrealgymnasium Wien XXI.²⁹ Eben dies wurde vom Unterrichtsministerium beanstandet: Brunswik könne – so argumentierte man – nicht in der Lage sein, neben seiner Lehrverpflichtung an der Mittelschule am Psychologischen Institut „vollbeschäftigt (täglich mindestens siebenstündig) Dienste zu leisten“. Falls Brunswik dennoch ernannt werden sollte, müsse die Philosophische Fakultät zunächst in Erfahrung bringen, in welchem Stundenausmaß er seinen Obliegenheiten am Institut überhaupt nachzukommen imstande sei.³⁰ Dem Dekanat gelang es schließlich, die Bedenken der Herren im Ministerium auszuräumen: Brunswik habe erklärt, für das Studienjahr 1927/28 keine weitere Lehrverpflichtung an einer Mittelschule einzugehen. Zudem könne die Institutsleitung bestätigen, daß er schon während des Sommersemesters 1927 im vollen Stundenausmaß als wissenschaftliche Hilfskraft tätig war.³¹ Im Oktober wurde die Bestellung Brunswiks im nachhinein genehmigt.³² Brunswik hatte übrigens inzwischen neben der Ergänzungsprüfung für das Lehramt in Philosophie bei Karl Bühler auch das Doktorat der Philosophie erworben.³³ Eineinhalb Jahre später wurde er infolge der Umwandlung der bisher für das Psychologische Institut systemisierten Stelle einer wissenschaftlichen Hilfskraft zum außerordentlichen Assistenten befördert.³⁴

Die Besonderheit des Wiener Psychologischen Instituts lag also in seiner Doppelfunktion als Hochschulinstitut und als Gemeindeinstitut im Dienste der Lehrer(fort)bildung. Angesichts der wachsenden politischen Spannungen zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen, die gerade auch in den heftigen, von weltanschaulichen Grundsatzfragen getragenen Kämpfen um die Reform des österreichischen Unterrichtswesens ihren Ausdruck fanden, war die Unterstellung ein und derselben Einrichtung in den Zuständigkeitsbereich zweier verschiedener und politisch einander entgegengesetzter Behörden – dem christlichsozial verwalteten Unterrichtsministerium und dem sozialdemokratisch dominierten Stadtschulrat für Wien – bemerkenswert. Die personelle und sachliche Ausstattung des Instituts war demgegenüber weit weniger spektakulär.

Letztlich hatte erst die Gemeinde Wien aus ihren Mitteln die Installierung eines Universitätsinstituts ermöglicht. Dem Bund blieben die Kosten für die Anschaffung von Instrumenten und Apparaten, nicht zuletzt auch die Bereitstellung von Räumlichkeiten erspart. Die finanziellen Belastungen, die dem Staate aus der Bühlerschen Lehrkanzel entstanden, hatten den Finanzrahmen für ein „normales“ Philosophie-Ordinariat nicht überstiegen. Mehr konnte sich das Unterrichtsamt auch gar nicht leisten. In Zeiten der allgemeinen wirtschaftlichen Not und eines rasch voranschreitenden Verfalls der Währung stand die weitere Finanzierung des riesigen Universitätsbetriebs in Wien überhaupt in Frage.

Nun war die institutionelle Lage der einzelwissenschaftlichen Psychologie im gesamten deutschen Sprachraum zu Beginn der zwanziger Jahre alles andere als günstig. Zwar zeitigte die praktische „Bewährung“ psychotechnischer Eignungs-

prüfungen im und unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg³⁵ für die Institutionalisierung des Faches zunächst sehr positive Folgen: Zwischen 1918 und 1927 konnten an sechs deutschen Technischen Hochschulen psychologische oder psychotechnische Professuren eingerichtet werden.³⁶ Auch an den Handelshochschulen gelang es der Psychologie in Deutschland Fuß zu fassen. (Geuter, 1984a, S. 88–90) An den Universitäten aber blieb die institutionelle Position der noch immer an die Mutterdisziplin Philosophie gebundenen Psychologie eher randständig. Obwohl die „scientific community“ der psychologisch arbeitenden Wissenschaftler nicht müde wurde, auf den praktischen Nutzen ihrer Disziplin hinzuweisen,³⁷ schienen die zuständigen Ämter und Behörden von der Brauchbarkeit psychologischen Wissens bei der Bewältigung der enormen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme der Nachkriegszeit nur wenig überzeugt gewesen zu sein. Ein von der „Gesellschaft für experimentelle Psychologie“ an ihrem ersten Nachkriegskongreß 1921 initiiertes „Rundschreiben“ an die Länderregierungen und Philosophischen Fakultäten, in dem die Notwendigkeit einer Erweiterung des psychologischen Unterrichts an den Hochschulen betont und die Einrichtung von „psychologischen Lehrstühlen“ an jenen Universitäten, an denen das Fach bisher nicht vertreten war, gefordert wurde, fand keine Resonanz (vgl. Geuter, 1984a, S. 93–94). Bis in die dreißiger Jahre hinein, bis hin zur Machtübergabe an die Nationalsozialisten, sah sich die deutsche Psychologenschaft von staatlicher Seite vernachlässigt und völlig stiefmütterlich behandelt.

Psychologische Universitätsinstitute waren im deutschen Sprachraum – zumindest aus heutiger Sicht – ganz allgemein eher spärlich ausgestattet:³⁸ Geleitet von einem Professor, der neben der Psychologie auch sein Nominalfach – zumeist Philosophie – zu vertreten hatte, ein bis zwei Assistenten, zusätzlich vielleicht noch ein oder zwei Dozenten, die ihre Lehrveranstaltungen in Verbindung mit dem Institut abhielten, hier und da auch ein Institutsmechaniker zur Herstellung bzw. Wartung der Instrumente. Die Jahresdotation der Lehrkanzeln dürfte in den seltensten Fällen 4 000 Mark überstiegen haben.³⁹

Hinsichtlich Planstellen und Dotation lag das Wiener Institut im Vergleich mit den deutschen Universitätsinstituten eher im unteren Drittel. Ältere und renommiertere Institute – in Bonn, München und Leipzig etwa – standen besser da. Auch das neu gegründete Laboratorium in Hamburg war formal größer angelegt als das Wiener.

Und dennoch sollte gerade an diesem zunächst relativ bescheiden eingerichteten Wiener Institut in den Folgejahren eine beeindruckende wissenschaftliche Produktivität entfaltet werden, deren theoretisches wie methodisches Niveau auch den internationalen Vergleich nicht zu scheuen brauchte. Bereits in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre existierten nicht weniger als drei „hauseigene“ Schriftenreihen, in denen das Ehepaar Bühler aus der Institutsarbeit hervorgegangene Monographien publizierte.⁴⁰ Mehr als die Hälfte der 65 von Karl Bühler bis 1930 approbierten Dissertationen wurden entweder in Buchform oder als umfangreiche Artikel in den führenden Fachzeitschriften veröffentlicht.⁴¹ 1929 traf hier am